

"Billiglöhne brechen Deutschlands wirtschaftliche Kraft"

Interview mit dem IG-Metall-Vize Detlef Wetzels über das Tarifiergebnis, Leiharbeit, Hartz IV und Betriebsräte

Herr Wetzels, IG Metall und Arbeitgeber haben sich in Nordrhein-Westfalen auf ein mäßiges Entgelt-Ergebnis - und auf eine längere Laufzeit geeinigt als zunächst erwartet. Sind Sie trotzdem zufrieden?

Ich bin hochzufrieden mit dem Tarifiergebnis. Die Unternehmen haben nun genügend Instrumente, betriebsbedingte Kündigungen zu verhindern und Beschäftigung über die Krise zu sichern. Mit den Entgelterhöhungen haben wir deutlich mehr als die Reallohnsicherung erreicht. War es richtig, ohne bezifferte Entgeltforderung zu starten?

700 000 Menschen sind in Kurzarbeit, 70 Prozent aller Firmen in der Metall- und Elektroindustrie nutzen Kurzarbeit, 550 000 Arbeitnehmer sind von Standortsicherungsvereinbarungen betroffen. 20 Prozent der Kapazitäten in der Branche sind nicht ausgelastet. Wir haben noch nie so eine Wirtschaftskrise erlebt. Wir müssen Massenentlassungen verhindern. Mit dem Abschluss wird uns das gelingen.

Verdi hingegen verlangt eine kräftige Tarifierhöhung. Fahren Sie den Kollegen in die Parade?

Nein. Man muss unterschiedliche Strategien anwenden. Bei uns ist der Druck, Massenentlassungen zu verhindern, unendlich höher als bei Verdi. Verdi sagt zu Recht, dass die Gehaltssteigerungen in den vergangenen zehn Jahren geringer ausfielen als beispielsweise bei uns. Das Tarifiergebnis unterstützt die Position von Verdi.

Ist das Metall-Ergebnis auch wegweisend für die Stahl-Runde?

Bis zum Sommer kann sich vieles ändern. Wir müssen dann neu bewerten.

Ist die Tariffucht auf Seiten der Metall-Arbeitgeber gebannt?

Die Zahl der tarifgebundenen Firmen nimmt immer noch ab, aber viel langsamer als vor fünf Jahren. Je stärker wir es geschafft haben, betriebliche Tarifbindungen herzustellen, desto mehr litt der Spaß bei den Arbeitgebern. Es bleibt aber ein Problem - aus meiner Sicht auch für die Arbeitgeberverbände.

Verliert die IG Metall Mitglieder? Derzeit haben Sie ja noch 2,26 Millionen.

Wir haben im vergangenen Jahr rund 34 000 Mitglieder verloren, was rund 1,6 Prozent entspricht. Aufgrund der Krise hatten wir weniger Eintritte, weil ja weniger eingestellt wurde. In ähnlicher Situation der 90er Jahre haben wir dagegen bis zu 7 Prozent verloren. Heute hat die Bindung an die Gewerkschaft deutlich zugenommen, die Zahl der Austritte ist im vergangenen Jahr gesunken. Ist das eine Folge der Krise?

Viele Menschen nehmen uns als ihre Interessenvertreter wahr. Sie sehen, dass es wichtig ist, in der Gewerkschaft zu sein. Deshalb sind wir recht stabil durch die Krise gekommen, in dieser Region übrigens besonders gut. In Braunschweig haben wir im Januar einen Mitgliederzuwachs. Das wollen wir bundesweit.

Wie wollen Sie das erreichen?

Wir wollen den örtlichen Geschäftsstellen mit industriellem Zuwachs mehr Ressourcen zur Verfügung stellen.

Gehört diese Region dazu?

Die Region Wolfsburg und Braunschweig ist für uns eindeutig eine Zuwachsregion. Aber hier brennt nichts an, hier wird erfolgreich gearbeitet.

Müssen erfolgreiche Verwaltungsstellen den weniger erfolgreichen finanziell unter die Arme greifen?

Nein. Das ist Aufgabe der Zentrale.

Niedersachsens Ministerpräsident wirbt neuerdings, Betriebsräte zu gründen. Freut Sie das?

Ich befürworte alles, was Belegschaften zur Betriebsratswahl motiviert. Es steht ja fest: Arbeitsplätze in Betrieben mit Betriebsräten sind sicherer, die Einkommen sind höher, die Unternehmen sind wirtschaftlicher und kommen besser durch die Krise. Es spricht also aus Sicht eines vernunftbegabten Arbeitgebers alles für Betriebsräte.

Niedersachsen wirkt in der Krise wie ein Hort der Stabilität.

Volkswagen ist ein Glücksfall: Das VW-Gesetz, erweiterte Mitbestimmungsmöglichkeiten, das Land als Großaktionär, hoch organisierte Belegschaften, ein erfolgreiches Management, hoch engagierte Betriebsräte - das ist eine gute Mischung. Der Beschäftigungssicherungsvertrag bei VW zeigt, was möglich ist. Erfolgreiche Unternehmensführung und Schutz der Arbeitnehmer bilden keine Gegensatz, sie bedingen einander."

Was kommt nach der Krise? Unternehmen werden kaum ihre Stammbesetzungen aufbauen.

Leider. Wir hatten im Herbst 2008 rund 750 000 Leiharbeiter. 220 000 mussten schlagartig als erste Krisenopfer gehen. Jetzt sind trotz schlechter Konjunktur schon wieder 600 000 Menschen in Leiharbeit. Es gibt Prognosen, dass im nächsten Aufschwung über alle Branchen mit 2,5 Millionen Leiharbeitern zu rechnen ist, 40 Prozent davon in unserem Bereich.

Leiharbeit ist allemal besser als Arbeitslosigkeit.

Es werden aber eine Million gesicherte

Arbeitsplätze in die Leiharbeit wechseln, Stammebelegschaften werden abgebaut.

Leiharbeiter arbeiten günstiger.

Zur Beschaffung billiger Arbeitskräfte ist Leiharbeit aber nicht gedacht, sondern um Flexibilisierung zu sichern. Wenn es nur noch darum geht, Arbeitskosten zu drücken: Sollen wir irgendwann wieder bei der Kinderarbeit landen?

Übertreiben Sie nicht?

Wieso das denn? Männer und Frauen dürfen nicht ungleich bezahlt werden. Leiharbeitern aber darf man für dieselbe Arbeit die Hälfte zahlen. Das ist ethisch verwerflich und wirtschaftspolitisch eine Katastrophe.

Weil die Kaufkraft schwindet?

Weil es immer ein Land geben wird, das uns im Preis schlägt. Wir können nur mit Know-how, Qualität, Prozesssicherheit und hohem Kundennutzen überleben. Die Billigheimerei aber bricht die wirtschaftliche Kraft von Deutschland.

Fürchten Sie angesichts der Hartz-IV-Debatte um den gesellschaftlichen Grundkonsens?

Zumindest arbeitet mancher Politiker, speziell FDP-Chef Westerwelle, an der Vergiftung des Klimas. Er tut dies aus dem durchsichtigen Motiv, seine Klientel bei der Stange zu halten. Ich finde es

schäbig, das Thema Hartz IV und die Lage in Not geratener Menschen für eigene parteipolitische Zwecke auszu-schlachten.

Aber wer arbeitet, sollte mehr Geld zur Verfügung haben als jemand, der nicht arbeitet.

Das ist richtig. Aber Westerwelle versucht, aus Opfern Täter zu machen. Erst werden 20 Prozent der Leute in den Niedriglohnsektor gezwungen, andere werden arbeitslos, dann drückt man die Löhne und wirft den Menschen schließlich vor, dass der Lohnabstand nicht eingehalten wird. Ein größeres Maß an Heuchelei habe ich noch nicht erlebt. Ausgerechnet die Ideologie, die Westerwelle vertritt, hat doch zu dieser Situation geführt.

Ist es nicht besser, notfalls ein kleines Einkommen mit staatlicher Hilfe aufzustoocken, als arbeitslos zu sein?

Tatsache ist: Obwohl Menschen in Vollzeit arbeiten, müssen sie zum Amt, weil das Geld nicht einmal reicht, um die Familie zu ernähren. Das ist entwürdigend. Wohin würde es führen, wenn man die Regelsätze immer ans unterste Lohnniveau anpassen würde? Man käme irgendwann bei 100 Euro im Monat an.

Andererseits helfen niedrige Löhne, Arbeitsplätze zu sichern.

In erster Linie entscheidet doch die Nachfrage nach Gütern, wie viel Arbeit es gibt und welche Investitionen stattfin-

den. Lohnsenkungen allein schaffen keine Arbeit.

Hilft der Mindestlohn?

Mindestlohn ist zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern nicht strittig. Wir wollen seit langem einen Mindestlohn in der Zeitarbeit. Er ist auch der einzige Weg, um den Lohnabstand zu sichern. Aber die Politik macht nicht mit. CDU und FDP machen sich zum Handlanger der Entleiher, die vom Einsatz billiger Arbeitskräfte profitieren. Und der Staat subventioniert sie quasi auf Bestellung.

Das heißt?

Je niedriger die Löhne sind, desto stärker muss der Staat aufstocken. Er betreibt damit einen Selbstbedienungsladen, der Arbeitgebern der Niedrigstlohnbranchen den direkten Griff in die Staatskasse erlaubt.

Die Aufstockung kommt doch dem einzelnen Arbeitnehmer zugute.

Aber der Arbeitgeber streicht den Profit ein, weil ja er nicht er den angemessenen Lohn zahlt, sondern die Steuerzahler das übernehmen.

Die Metallbranche bildet bei dieser Praxis keine Ausnahme.

Das stimmt. Das ist unerträglich.

Abbildung IG-Metall-Vize Detlef Wetzels im Interview. Foto: Rudolf Flentje